

EXTRA BLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2023



Schluss mit unkontrollierter Zuwanderung 3

Kurswechsel in der Asylpolitik unumgänglich.



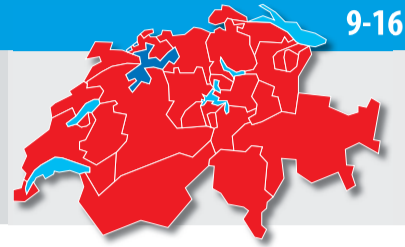
Stopp Genderwahn und Klimakleber 7

Reden, Schreiben, Essen: So will uns Links-Grün umerziehen.



Kanton Solothurn 9-16

Alles Wissenswerte zu den National- und Ständeratswahlen.



Keine 10-Millionen-Schweiz!

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht?

Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Wollen wir einfach zuschauen, wie jedes Jahr rund 80'000 Personen zusätzlich in unsere kleine Schweiz kommen? **Wollen wir eine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz?** Oder wollen wir wieder selber bestimmen, wer in unser Land kommt und wer nicht? So kann es nicht weitergehen oder unsere schöne Schweiz geht kaputt. Allein der Bund gibt dieses Jahr über 4 Milliarden Franken für

das Asylwesen aus. **Das sind 450 Steuerfranken, die jeder von uns bezahlen muss!** In einem Jahr! Dazu kommen die Kosten in den Kantonen für Wohnungen, Krankenkasse, Sozialhilfe, Strafvollzug. Diese mehrheitlich jungen Asyl-Männer aus Afrika und arabischen Ländern leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Wollen wir das? Dabei können viele

Schweizerinnen und Schweizer ihre Krankenkassenprämien und Mieten kaum mehr bezahlen. Klima-Kleber, Gender-Terror, links-grüner Verbotswahnsinn: **Radikale Minderheiten wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben.** Ob wir noch Fleisch essen dürfen. Wo wir unsere Ferien verbringen. Sie wollen uns das Autofahren verbieten und keine Männer mehr

auf Strassenschildern zulassen. Sie versuchen, schon Kinder und Schüler mit ihren abstrusen Ideen zu beeinflussen. Dabei kann rund ein Viertel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen. Welche Schweiz wollen wir? Masslose Zuwanderung, Asyl-Chaos, Energiekrise, massiv steigende Preise, Wohnungs-

not, Probleme an den Schulen, zunehmende Gewalt auf den Strassen? Oder eine Schweiz, in der sich Frauen, Kinder und Jugendliche sicher und frei bewegen können, in der sich Arbeit lohnt, in der Asylschmarotzer und Kriminelle das Land verlassen müssen? **Wir als Volkspartei haben gewählt: Wir stehen ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.**

In den Ständerat
Christian Imark
www.christian-imark.ch

Für eine sichere Zukunft in Freiheit!

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Liste 5

Andrina Trchsel,
Mutter von drei Kindern, Feuerthalen (ZH)

« Als Mutter von drei Kindern wünsche ich mir gute Schulen statt Gender-Wahn und eine Schweiz, die stolz auf ihre Traditionen und Werte ist. Dafür steht die SVP! »

Deshalb wähle ich am 22. Oktober

Richtungswahl für eine sichere Zukunft in Freiheit

Ein erneuter Links-Rutsch muss am 22. Oktober unbedingt verhindert werden. Sonst geht unser schönes Land kaputt. Gewinnt die SVP, gewinnt die Schweiz.



Nationalrat **Marcel Dettling**,
Wahlkampfleiter SVP Schweiz, Landwirt,
Oberiberg (SZ)

um die SVP als stärkste Partei die verheerende links-grüne Politik nicht stoppen kann. **Die Erklärung:** Wir haben zwar die grösste Fraktion im Bundeshaus, können aber wenig ausrichten, solange die anderen Parteien von Links bis zur Mitte unter einer Decke stecken. Darum ist es entscheidend, dass wir neue Mehrheitsverhältnisse schaffen.

**Gehen Sie
am 22. Oktober wählen.
Für eine sichere Zukunft
in Freiheit.**



Mehr SVP, damit die Schweiz Schweiz bleibt.

In welche Richtung bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren? Wollen wir eine Verbots-Schweiz mit immer mehr Vorschriften, Bevormundung und Umerziehung? Wollen wir immer höhere Steuern und weniger Geld zum Leben? Wollen wir noch mehr Klimakleber auf den Strassen und noch mehr Gender-Tage an unseren Schulen? Wollen wir weiterhin eine ungebremste Zuwanderung, das totale Asylchaos und eine 10-Millionen-Schweiz? Das alles – und noch viel mehr – passiert, wenn die Linken und Grünen im Herbst erneut triumphieren.

Zu diesem Katastrophenszenario gibt es nur eine Alternative: Die SVP muss gestärkt werden. Besorgte Bürger fragen mich manchmal, war-

Das droht bei einem Wahlsieg von Links-Grün

Asylchaos ohne Ende

Offene Grenzen, noch mehr Asylschmarotzer und zusätzliche Milliardenkosten: Das blüht uns bei einem Wahlsieg der Linken. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will sogar Asylanten direkt in die Schweiz einfliegen. Ihre Partei, die SP, fordert die Aufnahme von Asylmigranten aus aller Welt unabhängig vom Asylstatut – aber mit vollem Zugang zu unserem Sozialstaat.

Klima- und Verbotswahn

Die links-grüne Klimapolitik ist ein Desaster: Wir haben zu wenig Strom und die Energiepreise explodieren. Das sogenannte «Klima-Gesetz» haben die Befürworter mit der Lüge durchgebracht, es werde keine Verbote und neue Abgaben geben. Noch am Abstimmungssonntag liessen Cédric Wermuth (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) die Maske fallen und kündigten umgehend neue Verbote an.

Ausverkauf der Heimat

Gewinnen die Linken und Grünen die Wahlen, werden sie die Schweiz in die EU und in die Nato führen. Die Neutralität wollen sie abschaffen und Schweizer Waffen und Munition in Kriegsgebiete liefern. Damit gefährden sie unsere Sicherheit, unseren Frieden und unsere Stabilität – und verkaufen unsere Heimat. Dem gilt es entschieden entgegen zu treten. Kämpfen wir für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Mit der SVP die Sicherheit stärken

In Europa herrscht Krieg. Doch die Armee kann die Schweiz nicht mehr verteidigen. Auch die innere Sicherheit ist in Gefahr. Nur wer die SVP wählt, macht unser Land wieder sicher.



Ständerat **Werner Salzmann**, Präsident
der Sicherheitspolitischen Kommission
des Ständerates (SIK-S), Mülchi (BE)

Was für ein böses Erwachen! Es herrscht wieder Krieg in Europa – mit Infanterie-Waffen, Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen.

Der Schock sitzt tief. Aber es ist ein heilsamer Schock. Nun ist endlich auch dem Hintersten und Letzten klar, dass mit dem Mauerfall von 1989 nicht der ewige Friede ausgebrochen ist.

Kriege, auch konventionelle, sind jederzeit möglich. Darauf muss die Schweiz vorbereitet sein.

Armee wurde kaputtgespart

Die Armee wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch kaputtgespart. Sie hat ihre Verteidigungsfähigkeit eingebüsst. 1990 wurden noch 1,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Armee investiert, 2019 waren es nur noch 0,7%. Wir geben heute mehr Geld aus für das Asylwesen als für die Landwirtschaft.

Das muss schleunigst korrigiert werden, wie es die SVP als einzige Partei seit Jahren fordert. Das Parlament ist endlich erwacht und will bis 2030 das Armeebudget wieder auf mindestens 1% des BIP erhöhen. Ein wichtiger und notwendiger Schritt, damit die Armee die Vollausrüstung der bestehenden Strukturen erreicht und Planungssicherheit für die Erneuerung der Systeme erhält.

Die Schweiz ist kein sicheres Land mehr

Nicht zu vernachlässigen ist auch die innere Sicherheit. Die Kriminalität ist stark angestiegen. Einbrüche, Diebstähle, Gewalt, Drohungen, Vergewaltigungen, Randalen wie kürzlich in Lausanne, die importierte Ausländerkriminalität haben die Schweiz

unsicher gemacht. Mit der Preisgabe der Neutralität gefährden wir Frieden und Stabilität zusätzlich.

Dieser sicherheitspolitische Schlendrian muss ein Ende haben. Das können wir nur erreichen, wenn wir am 22. Oktober die SVP wählen. Für eine sichere Schweiz!



Editorial

Welche Schweiz wollen wir?



Liebe Schweizerinnen
Liebe Schweizer

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht? Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Ich mache mir Sorgen. Im Juni kamen meine Frau und unser Sohn abends nach Hause. Im Garten befanden sich zwei Nordafrikaner. Sie hatten bereits das Auto ausgeräumt. Die Männer waren aus der nahen Asylunterkunft.

Das ist nur einer von vielen Vorfällen in der Schweiz. Wir von der SVP kritisieren schon lange: Diese Leute haben nichts mit Asyl zu tun. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Bei der grossen Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus afrikanischen und arabischen Ländern. Sie suchen sich ihr Asyl-Land aus. Zum Beispiel die Schweiz. Weil sie wissen: Hier gibt es Sozialleistungen und sie können bleiben – dank der linksgrünen Asyl-Industrie. Wer diese Missstände ändern will, wählt SVP.

Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich

Ich mache mir Sorgen um unsere Schweiz. Jedes Jahr kommen rund 80'000 Personen zusätzlich in unser Land. Das entspricht der Bevölkerung des Kantons Schaffhausen oder des Kantons Jura. Man stopft jedes Jahr zusätzlich 80'000 Menschen in unser kleines Land. Ich frage Sie: Wollen wir eine 10-Millionen-Schweiz? Noch mehr Beton? Noch mehr Kriminalität? Staus? Kaum mehr bezahlbare Wohnungen? Klassenzimmer ohne Schweizer Kinder?

Welche Schweiz wollen wir? Wir leben in einem wunderbaren Land. Aber unser Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Als Präsident der SVP kann ich Ihnen versichern: Wir setzen uns für die Schweiz ein. Wir lassen uns auch nicht einschüchtern und nennen Probleme beim Namen.

Wir setzen uns für all jene ein, die etwas leisten in unserem Land und Verantwortung übernehmen. Sei es im Beruf oder in der Familie und für sich selbst. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unserer Heimat.

Mit besten Grüssen



Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz, Ruvigliana (TI)

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'231'479 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

**Für eine sichere
Zukunft in Freiheit
SVP wählen!**



Die unkontrollierte Zuwanderung zerstört die Zukunftschancen unserer Kinder!

So sieht der Alltag in vielen Klassenzimmern in der ganzen Schweiz aus. Beispiel einer Schulklasse mit 24 Schülerinnen und Schülern in einer Realschule: $\frac{1}{3}$ der Schüler hat Sprachprobleme, $\frac{1}{3}$ Lernstörungen, $\frac{1}{3}$ ist verhaltensauffällig oder verweigert häufig jede Kooperation. So ist sinnvolles Unterrichten und Lernen nicht mehr möglich. Darunter leiden alle leistungsbereiten Kinder, denn ihnen wird damit eine gute Ausbildung verunmöglicht!



Asylpolitik: Kurswechsel ist unumgänglich

Bald 40'000 Asylgesuche, überlastete Gemeinden und überforderte Behörden: Die Situation im Migrationsbereich ist desolat. Selbst die EU diskutiert eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Doch in Bundesbern bewegt sich nichts. Wann übernimmt der Bundesrat endlich Verantwortung?



Nationalrat und Ständeratskandidat **Gregor Rutz**, Mitglied Staatpolitische Kommission, Zürich (ZH)

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Hunderttausende strömen nach Europa. Wer so weit reist, tut dies meist aus ganz klaren Gründen. Diese Zuwanderer stossen zwar auf der Asylschiene zu uns, sind aber Wirtschaftsmigranten. Sie hoffen auf bessere Perspektiven und mehr Wohlstand. Und sie wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hier bleiben. Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert – soziale Hängematte inklusive.

Wer einmal hier ist, kann bleiben

In den letzten 20 Jahren wurden 100'690 Personen trotz abgelehntem Asylgesuch «vorläufig aufgenommen». Fast alle sind noch hier: rund 7'000 haben sogar den Schweizer Pass erhalten! Die meisten Asilmigranten bleiben für immer hier – und unser Asylsystem bietet die Voraussetzungen dazu.

Die Behörden schauen weg und tun nichts, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Seit Jahren geben wir enorme finanzielle Mittel für den Vollzug des Asylrechts aus, können aber kaum beeinflussen, wer in die Schweiz kommt: «Damit gelangen Personen zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in die Schweiz, die man eigentlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt und auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund gar nicht hier haben möchte» (NZZ, 12.2.2003). In einem Satz: Es kommen zu viele und die Falschen.

Neuausrichtung der Asylpolitik

Mit verfahrenstechnischen Änderungen sind die Probleme im Mi-

grationsbereich nicht mehr zu bewältigen. Unsere Gesetze sind veraltet. Wir müssen grundsätzlich umdenken. Potenzielle Migranten dürfen keinen Anreiz mehr haben, nach Europa zu kommen. Dazu gehört die Auslagerung von Asylverfahren.

Die EU will die Verfahren künftig an der Schengen-Aussengrenze durch-

führen. Ob dies reicht, ist fraglich. Erfolgsversprechender scheint der Weg Grossbritanniens, sämtliche Verfahren in Ruanda abzuwickeln. So will die britische Regierung illegale Einwanderer von der Überfahrt auf dem Ärmelkanal abschrecken. Auch die Schweiz muss die Auslagerung der Asylverfahren angehen. Nur so können wir das kriminelle Schlepper-

wesen und den organisierten Menschenhandel stoppen.

Wenn wir konsequent die Hilfe vor Ort ins Zentrum rücken, kann Bedürftigen gezielter geholfen werden. Hilfe und Schutz bedeuten nicht gleichzeitig Aufnahme – von dieser überholten Annahme gilt es sich zu lösen.

Asylbewerber vergewaltigt Frau (46) in Basler WC-Anlage

Im Februar soll sich ein Mann aus Ostafrika in einer öffentlichen Toilette in Basel an einer betrunkenen Frau vergriffen haben. Unfassbar: Da der Beschuldigte bereits wegen sexueller Belästigung verurteilt wurde, hätte er sich gar nicht im Kanton aufhalten dürfen.



Quelle: Blick, 10. Juli 2023

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am
22. Oktober



Die Partei des Mittelstandes

Die masslose Zuwanderung der letzten 15 Jahre hat die Lage für die Schweizer Bevölkerung in fast allen Lebensbereichen massiv verschärft:

Zubetonierung der Landschaft

Die Zubetonierung unserer Landschaft geht einher mit einem massiven Verlust von Landwirtschaftsflächen. Täglich werden in der Schweiz 9 Fussballfelder neue Siedlungsflächen überbaut. Gleichzeitig verschwinden jeden Tag 13 Fussballfelder an Wiesen und Landwirtschaftsland. Das führt zu einer Zersiedelung – und zu einer Schwächung der Versorgungssicherheit mit einheimischen und gesunden Nahrungsmitteln.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz in wenigen Jahrzehnten. Das Mittelland ist in weiten Teilen einer Überbauungsorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der masslosen Zuwanderung. 80'000 Personen mehr pro Jahr heisst: Man stopft jedes Jahr den Kanton Schaffhausen zusätzlich in die Schweiz – und wundert sich über verschwindende Grünflächen. Es wird eng, laut und grau in unserem Land.



Überlastetes und teures Gesundheitswesen

Auch hier sorgt die masslose Zuwanderung für steigende Kosten. Die 180'000 Personen, die letztes Jahr zusätzlich in die Schweiz gekommen sind, beanspruchen Ärzte, Zahnärzte, Spitäler, Altersheime und so weiter. Damit ist auch klar: Der Fachkräftemangel, namentlich im Gesundheitswesen, ist selbstverschuldet.



Wohnungsnot

Aufgrund der ungebremsten Zuwanderung gibt es kaum mehr freie und bezahlbare Wohnungen in unserem Land. Darunter leiden besonders Normalverdiener, Familien, Alleinerziehende und Senioren.



Netto-Zuwanderung EU, Drittstaaten, Asyl und Schutzstatus 2022: plus 180'000 Personen in einem Jahr!

Dazu kommen 52'000 illegale Einreisen. Hauptsächlich aus Afghanistan und Nordafrika. Niemand weiss, wo sich diese Personen inzwischen befinden.

Importierte Gewalt und Kriminalität

In der Kriminalstatistik – auch bei schweren Delikten – und in den Gefängnissen sowie bei häuslicher Gewalt sind Zuwanderer gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten.

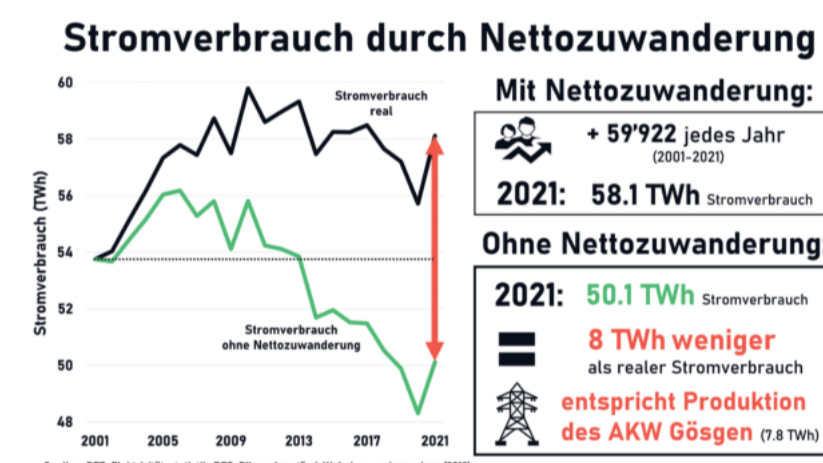
So zeigt eine im November 2022 publizierte Studie der Universität Zürich, dass es an den Sek-B-Klassen zu einem nie dagewesenen Anstieg der sexuellen Übergriffe auf Mädchen kommt. Das liege an «bildungsfernen, migrantisch geprägten Milieus», so der Studienleiter. Es handle sich um ein «Migrationsproblem».

Die Schweiz hatte einst einen legendären Ruf als sicheres und stabiles Land. Heute zeigt sich immer mehr die hässliche Fratze der importierten Gewalt und Kriminalität. Wir haben es mit einem doppelten Problem zu tun: Die linksgrünen Parteien unterstützen die von Schlepperbanden organisierte Asylummigration in die Schweiz. Bundesbern verhindert die vom Volk angenommene Initiative zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer. Diese toxische Verbindung führt zu einer «neuen Normalität» in unserem Land:

- 71% der Insassen in Schweizer Gefängnissen sind Ausländer. In Europa: 15%**
- 56% der Tötungsdelikte begehen Ausländer. Täter-suche, Strafverfahren, Inhaftierung und Opferhilfe kosten Milliarden.**
- 57% der Vergewaltigungen werden durch Ausländer und Asylanten verübt. Viele Frauen trauen sich nachts nicht mehr auf die Strasse.**

Energie- und Stromverbrauch

Mehr Leute bedeutet mehr Stromverbrauch, das heisst höhere Strompreise. Hinzu kommt: Jede durch die jährliche Zuwanderung «neu entstehende Stadt» muss mit Energie und Strom versorgt werden. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben. Wie der gewaltige Strom-Mehrbedarf gedeckt werden kann, ist völlig unklar.



Infrastrukturen am Anschlag

Die Stautunden auf den Strassen haben sich innert 20 Jahren vervielfacht! Doch statt endlich die Zuwanderung zu steuern, werden die Schweizer Autofahrer mit noch mehr Abgaben und höheren Treibstoffpreisen abgezockt. Die Linken und ihre Klima-Kleber sorgen mit ihrer Anti-Auto-Politik für noch mehr Verkehrschaos. Auch beim öffentlichen Verkehr kommen wir wegen der masslosen Zuwanderung an den Anschlag.



Bildungsniveau sinkt

Schweizer Kinder werden zur Minderheit. Rund die Hälfte aller 15-jährigen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Selbst das klassische Einwanderungsland Australien liegt deutlich zurück, geschweige denn Deutschland (28%) oder Frankreich (27%). Eine Auswertung im Kanton Aargau zeigt, dass 2021 68% der Kinder unter 7 Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund aufwachsen. Die Geburtenrate von Eritreerinnen liegt 4- bis 5-mal höher als von Schweizerinnen. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die nicht eine der Landessprachen sprechen, bei über 50%. Studien besagen, dass ab einem Anteil von 30% fremdsprachiger Kinder ein qualitativer Schulunterricht kaum mehr möglich ist. Gemäss der PISA-Studie von 2019 können ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen und verstehen Textaufgaben nicht mehr.



Wohlstandsverlust

Der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – wächst kaum noch seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007.

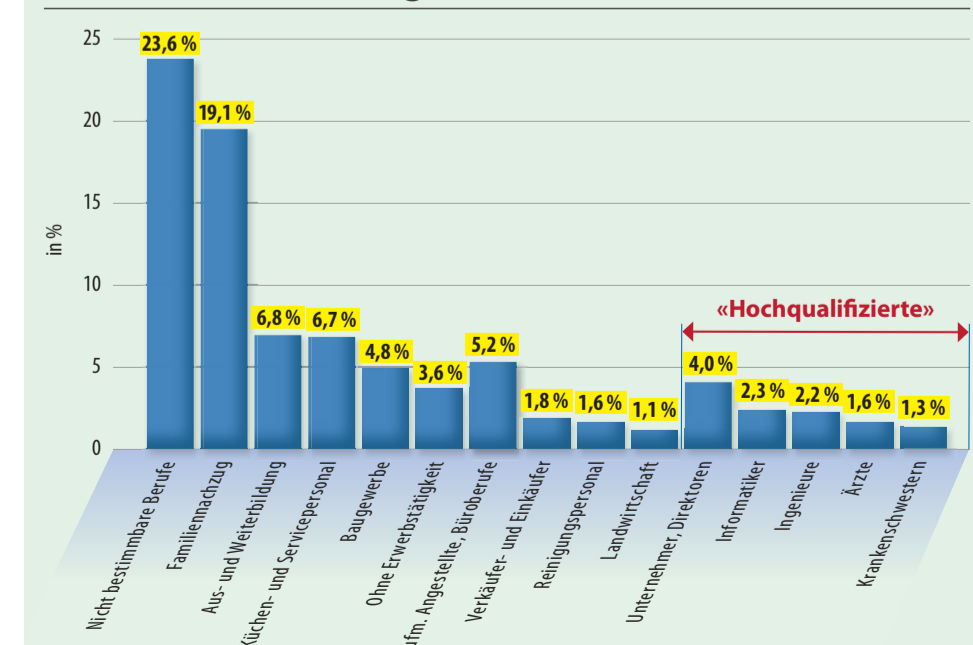
Oder anders ausgedrückt: Der Kuchen wird zwar leicht grösser, aber er muss für immer mehr Personen reichen.

Die Klage über den «Fachkräftemangel» in der Schweiz ist gross. Dabei wird vergessen, dass ein Grossteil der Zuwanderer gar keine Fachkräfte sind. Es dominieren Familiennachzügler und Unqualifizierte. «Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte», titelte die «NZZ am Sonntag». Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Demnach arbeiten im Schweizer Durchschnitt nur knapp 20 Prozent der seit 2007 (volle Personenfreizügigkeit) eingewanderten Personen in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Bei den Grenzgängern ist sogar nur jeder Sechste ein gesuchter Spezialist. Statt dringend be-

nötigte Informatiker, Ärzte oder Informatiker führen Ungelernte ohne genügende Sprachkenntnisse die Berufsliste der Einwanderer an. Zusätzlich kritisch ist die Lage beim Familiennachzug: In den Jahren

2020 und 2021 waren es je über 40'000 Personen. **Eine an den Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Wirtschaft ausgerichtete Migrationspolitik sieht definitiv anders aus.**

Zuwanderung aus der EU im Jahr 2022



Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz



Als Gartenbauer, Landwirt und Familienvater mache ich mir Sorgen: Die Schweiz wird zubetoniert. Dieses unkontrollierte Bevölkerungswachstum ist für unser kleines Land nicht mehr verkraftbar.

Allein im letzten Jahr sind netto über 180'000 Personen in die Schweiz zugewandert. Das entspricht der Stadt Basel! Dieses Bevölkerungswachstum ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Infrastruktur, Schulen, Wohneigentum, Landwirtschaftsflächen, Natur und Energieversorgung stehen vor dem Kollaps.

Darum haben wir die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» lanciert. Bei dieser wichtigen Initiative bin ich im Co-Präsidium und zähle auf Ihre Unterstützung. Wir wollen eine Zuwanderung, die wir wieder selber steuern können. Aber keine Zuwanderung, die mehr Verlierer als Gewinner produziert. Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz. Für unsere Kinder und Enkelkinder. Deshalb bitte ich Sie: Unterschreiben Sie noch heute den beigelegten Unterschriftenbogen und motivieren Sie auch Ihr Umfeld dazu.

Jetzt, Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben: Stopp der 10-Millionen-Schweiz



Infolge der unkontrollierten Zuwanderung in unser Land droht uns demnächst eine 10-Millionen-Schweiz. Die regelrechte Bevölkerungsexplosion überfordert unsere Infrastrukturen zerstört unsere Natur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nach dem Zustrom von über 180'000 Menschen in einem einzigen Jahr muss jetzt endlich gehandelt werden. **Unterschreiben Sie noch heute die dieser Zeitung beigelegte Volksinitiative.**



«Unsere Kinder sind die grössten Verlierer der missratenen links-grünen Asylpolitik»

Die Gemeinden werden von Asylanten überflutet. Nationalrätin und Gemeinderätin Martina Bircher sagt im Interview, was das kostet und welche Probleme so entstehen. Die Situation kann sich nur verbessern, wenn es nicht mehr möglich ist, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen.



Nationalrätin **Martina Bircher**, Aarburg (AG)

Sie sind Sozialvorsteherin in der Gemeinde Aarburg (AG). Haben Sie noch freie Plätze für Asylbewerber?

Nein, durch die kantonale Asylunterkunft übertreffen wir unser Soll schon seit Jahren und haben nicht die Absicht, zusätzliche Plätze zu schaffen.

Wie viele Asylanten müssen Sie betreuen und wie viele davon sind echte Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes?

Mit dem beschleunigten Asylverfahren werden den Gemeinden vorwiegend vorläufig aufgenommene Ausländer zugeteilt. Wir müssten 60 Personen aufnehmen, zusammen mit den Personen mit Status S sind es insgesamt 130. Dazu kommen noch alle die Personen, welche der Bund als Flüchtlinge anerkennt, insbesondere Eritreer. Diese haben freie Wohnungswahl, davon haben wir nochmals 200 Personen.

Wie viele davon sind Familien, wie viele junge Männer?

Bei den Personen, welche über die Asylschiene in die Schweiz kommen,

sind es vorwiegend Männer. Da der Bund aber an 40% den Flüchtlingsstatus verteilt und weiteren 20% die vorläufige Aufnahme, kommen die Frauen und Kinder zeitverzögert in die Schweiz mittels Familiennachzug.

Wie viele dieser Personen leben von der Sozialhilfe?

80 bis 90% leben von Sozialhilfe, nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig. Unser Sozialsystem garantiert jedem eine Wohnung inkl. Nebenkosten, Krankenversicherung, Franchise, Selbstbehalt, weitere Gesundheitskosten (z.B. Zahnarzt), Geld für den Lebensunterhalt sowie situationsbedingte Leistungen wie Möbel, ÖV etc. Wir haben viele Fälle, welche schon über eine ¼ Million Franken gekostet haben.

Wie viel mussten die Steuerzahler für den teuersten Fall aufwenden?

Wir hatten einmal eine eritreische Frau mit 4 Kindern im Mutter-Kind Heim, das kostete 25'000 Franken pro Monat. Wenn sich die KESB einschaltet, und das ist leider oft der Fall, wird es ganz teuer. Für 130 bis 150 Franken pro Stunde wird den Ausländern beigebracht, wie sie einkaufen oder wie sie ein Znüni für die Schule machen müssen. Wenn es zu einer Fremdplatzierung kommt, sprechen wir von Kosten zwischen

7'000 und 15'000 Franken pro Monat und Kind. All das ordnet die KESB an, die Gemeinde muss es dann einfach zahlen.

Finden die Asylanten eine Arbeit?

Leider ist das schwierig. Diese Personen kommen oft aus fremden Kulturen, haben kaum Schulbildung, die Arbeitgeber warten nicht auf diese «Fachkräfte». Erschwerend kommt hinzu, dass viele sehr viele Kinder haben. Selbst wenn sie einen Job finden, können wir sie nicht von der Sozialhilfe abmelden.

In vielen Schulen gibt es kaum mehr Kinder ohne «Migrationshintergrund». Wie ist die Situation in Ihrer Gemeinde?

Nach den Sommerferien führen wir Deutsch-Frühförderung ein, weil die meisten Kinder beim Kindergarten eintritt kein Wort Deutsch können. Pro Jahrgang haben wir jeweils 100 Kinder, 50 Schweizer und 50 Ausländer. Leider haben über 50% einen Deutsch-Frühförderbedarf. Das bedeutet, dass selbst bei eingebürgerten Eltern mit den Kindern zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. Es gibt unzählige Studien, die belegen, dass ab einem Anteil von mehr als 30% Nicht-Deutschsprechenden ein qualitativer Schulunterricht nicht möglich ist. Unsere eigenen Kinder sind die grössten Verlierer dieser verfehlten Asyl- und Einwanderungspolitik.

«80 bis 90% aller Asylanten leben von Sozialhilfe. Nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig.»

Sie fordern eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Was meinen Sie damit konkret?

Würde Schengen-Dublin funktionieren, hätte die Schweiz, umgeben von sicheren Staaten, kein einziges Asylgesuch. Heute ist es aber so, dass 60% legal in der Schweiz bleiben dürfen, weil der Bund sie nicht zurückweist. Weitere 20%

bleiben da, obwohl sie gehen müssten, und nur 20% werden effektiv ausgeschafft. Sprich: Wer das Zauberwort «Asyl» sagt, bleibt zu 80% in der Schweiz. Daher müssen wir das System komplett ändern: In der Schweiz darf es gar nicht mehr möglich sein, ein Asylgesuch zu stellen, dies muss in einem Drittstaat geschehen.

Nichtintegration wird belohnt!

Was uns die links-grüne Asyl-Sozial-Industrie kostet:


Direktausgaben der Gemeinden im Aargau am Beispiel einer 4-köpfigen-Familie, die Sozialhilfe bezieht (alle Beträge steuerfrei!).

	Grundbedarf für 4 Personen	26'472.00 CHF
	Wohnung	16'800.00 CHF
	Haftpflichtversicherung	170.00 CHF
	Hausrat	245.00 CHF
	AHV-Beiträge	956.00 CHF
	Zahnarztkosten	3'500.00 CHF
	Selbstbehalt	2'100.00 CHF
	Franchise	600.00 CHF
	Brille	150.00 CHF
	Schullager	150.00 CHF

Weitere Kosten

	Beschäftigungs-/Integrationsprogramm	7'200.00 CHF
	Deutschkurs	3'500.00 CHF
	Krankenkassenprämien	11'920.00 CHF
	Personalaufwand, Administration	2'200.00 CHF

Einnahmen

	Kinderzulagen	4'800.00 CHF
---	---------------	--------------

Total Kosten

		75'963.00 CHF
---	--	----------------------

Asyl-Chaos: teuer, gefährlich, ungerecht

Zehntausende junge Männer kommen aus der ganzen Welt mit kriminellen Schlepperbanden in die Schweiz. Die Kantone müssen für viel Steuergeld Wohnungen mieten und stellen sogar Schweizer Mieter auf die Strasse. Die Kosten explodieren: Allein auf Bundesebene werden über 4 Milliarden Franken – fünf Prozent aller Bundesausgaben – dafür verwendet! Diebstähle, Gewalttaten, Belästigungen, Unsicherheit nehmen massiv zu.



Nationalrat **Thomas Aeschi**, Fraktionspräsident und Nationalrat SVP, Baar (ZG)

Das Chaos in der Asylpolitik belastet die Schweizer Bevölkerung. Jedes Jahr kommen Zehntausende Asyl-Migranten mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden in unser Land. Die Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind fatal: Zu viele Asyl-Migranten

kommen aus frauenunterdrückenden Kulturen, sind kriminell und schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: Sie sind kaum integrierbar.

Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe

Die Zahl der Sozialhilfebezügler aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt sagenhafte 34,6 Prozent! Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt also auf Kosten von uns Steuerzahlern.

Junge Männer aus Afrika, Afghanistan, dem Nahen Osten usw.

Aus der ganzen Welt kommen junge Männer mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Sie reisen durch

Eritreer ersticht Mann

«Messerstecherei in Solothurn endet tödlich – beim mutmasslichen Täter handelt es sich um einen Eritreer.»



Quelle: Blick, 02.08.2023/ Symbolbild

sichere Länder und suchen sich das beste Asyl-Land aus: zum Beispiel die Schweiz. Warum? Sie können hier auf Kosten der Allgemeinheit leben und werden kaum in ihr Herkunftsland zurückgeschafft. Das sorgt für enorme Kosten und Probleme bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in den Schulen sowie bei Polizei und Justiz.

Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier

Das Asyl-Chaos zeigt sich auch im Vollzug. Das gilt insbesondere für die sogenannten «vorläufig Aufgenommenen». Sie müssten eigentlich die Schweiz verlassen, können aber angeblich nicht ausgeschafft werden. Zwischen 2011 und 2021 erhielten 65'126 Personen eine vorläufige

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am
22. Oktober



Aufnahme. Nur gerade 112 von ihnen mussten in diesen zehn Jahren tatsächlich die Schweiz verlassen. Der Rest bleibt hier und lebt in der Regel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung oder taucht unter.

Dieses Asyl-Chaos muss endlich gestoppt werden!

2023: über 4 Milliarden Franken Kosten beim Bund allein! Pro Kopf und Jahr macht dies 450 Steuerfranken bzw. für eine 4-köpfige Familie 1'800 Franken

Asylausgaben Bund 2021:
Asylausgaben Bund 2022:
Asylausgaben Bund 2023 (Budget):

rund 1,5 Milliarden Franken
rund 2,4 Milliarden Franken
über 4 Milliarden Franken

Nein zum Gender-Wahn – Ja zur Freiheit

Ärgern Sie sich auch über all die neuen Schreibarten mit Doppelpunkten, Sternchen und anderen Symbolen? Unter dem Deckmantel der Toleranz will uns links-grün vorschreiben wie wir zu reden, zu denken und zu handeln haben. Die immer extremeren Forderungen greifen unsere freiheitlichen Werte an. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegentreten.



Ständerätin **Esther Friedli**, Gastronomin, Ebnat-Kappel (SG)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder Begriffe wie «Gender», «Wokeness» und «Cancel Culture». Unter diesen Begriffen können sich viele von uns nichts vorstellen oder denken sich dabei nichts Böses. Doch was harmlos tönt, ist in höchstem Masse beunruhigend. Entstanden sind diese Begriffe an amerikanischen Universitäten von Menschen, die sich zu den Eliten zählen und sich als tolerant und links bezeichnen.

Die konkreten Auswüchse dieser Ideologie treten auch bei uns immer mehr zum Vorschein: Dass zum Beispiel eine der für mich besten Süssigkeiten – der Mohrenkopf – nicht mehr so benannt

werden darf. Eine kleine Minderheit hat auf einen Grossverteiler so lange Druck ausgeübt, bis er ein Produkt, das der Hersteller immer noch Mohrenkopf nennt, aus den Verkaufsregalen genommen hat.

Oder unter dem Begriff «kulturelle Aneignung» dürfen Rasta-tragende weisse Musiker nicht mehr auftreten oder müssen ihr Konzert abbrechen, weil angeblich nur Schwarze

Rasta-Frisuren tragen dürfen. Studenten berichten, dass sie in ihren Arbeiten eine gendergerechte Sprache verwenden müssen, sonst drohten ihnen Notenabzüge.

«Gender-Ideologie» dringt immer mehr in die Politik vor

Ein Auswuchs dieser links-grünen Ideologie aus den Städten ist «Gender». Bei dieser Ideologie wird davon ausgegangen, dass man nicht von Geburt an ein Geschlecht hat, sondern das Geschlecht frei wählen kann. Dabei gibt es nicht nur Frau und Mann, sondern Dutzende verschiedene Geschlechter.

Diesen Gender-Unsinn lesen und hören wir leider in immer mehr Medien. Und um niemanden irgendwie zu diskriminieren oder zu «verletzen», wird auch auf allen möglichen Einladungen «Parlamentarier:innen», «Freund*innen» oder sonst etwas geschrieben. Auch öffentliche Verwaltungen üben sich im «gendern». Ob die deutsche Sprache noch lesbar ist, wird dabei immer unwichtiger. Hauptsache, niemand fühlt irgendetwas Negatives. Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

«Geschlechtsneutrale» Toiletten an Schulen?

Wir erleben den Genderwahn aber nicht nur in der Sprache, auch in der Politik greift dieser wild um sich: In den Städten Zürich und Luzern sollen neu ein Drittel der Toiletten an den Schulen «geschlechtsneutral» sein. Pissoirs werden abgeschafft. An

«Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.»



Völlig überflüssig: Links-Grüne Gender-Ideologen wollen flächendeckend für viel Geld die Strassenschilder mit sog. gendergerechten Schildern ersetzen.

gewissen Schulen wird gar propagiert, ein anderes Geschlecht auszuprobieren bzw. dem Kind noch keinen Namen zu geben. Ohne Einwilligung der Eltern werden minderjährige Kinder diesem Gender-Irrsinn ausgesetzt.

Es gibt eine kleine Minderheit, die im falschen Körper geboren wurde und deren Probleme man ernst nehmen muss. Aber muss das jetzt die ganze

Gesellschaft betreffen? Muss sich nun jede und jeder fragen, ob er im richtigen Körper geboren wurde? Ich meine nein.

Und man fragt sich: Was kommt als Nächstes? Wo ist eigentlich der gesunde Menschenverstand geblieben? Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.

Versorgung mit einheimischen Nahrungsmitteln in Gefahr

Der Hauptauftrag der schweizerischen Landwirtschaft ist in der Bundesverfassung festgeschrieben: die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Die Versorgung ist jedoch massiv gefährdet.



Nationalrat **Alois Huber**, Meisterlandwirt und Vizepräsident Schweizerischer Bauernverband, Wildegg (AG)

Die Bauerfamilien leisten einen wichtigen Beitrag an unsere Ernährungssicherheit. Doch wir könnten heute im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren. Das zeigt der sogenannte «Selbstversorgungsgrad»: Er misst in Prozenten, wie viel unseres Lebensmittelbedarfs noch in der Schweiz produziert wird. Der Selbstversorgungsgrad lag 2020 noch bei netto 49 Prozent.

Der Selbstversorgungsgrad ist den letzten zwanzig Jahren um über 10 Prozent gesunken. Der wichtigste Grund ist das starke Bevölkerungswachstum: plus 1,5 Millionen seit 2002. Die Schweiz wird zubetoniert. Die Siedlungsfläche hat seit 1980 um 31 Prozent zugenommen – auf Kosten der Land-

wirtschaftsfläche. Die Ackerfläche pro Kopf liegt in der Schweiz noch bei 470 m². Zum Vergleich: In Österreich sind es 1500 m², in Deutschland 1410 m² pro Kopf.

Der zweite Grund, warum wir in der Schweiz immer weniger Lebensmittel produzieren, sind die ökologischen Vorschriften. Durch die aktuelle Agrarpolitik werden heute in der Schweiz circa 20 Prozent des Kulturlandes extensiv bewirtschaftet: also viel Ökologie, aber wenig Produktion.

Wollen wir in Zukunft eine totale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland verhindern, darf der Selbstversorgungsgrad nicht weiter sinken, sondern muss wieder erhöht werden.

Dies gelingt aber nur, wenn wir das Bevölkerungswachstum stoppen und die Agrarpolitik für eine produzierende Landwirtschaft anpassen.



Die Krisen der letzten Jahre und Monate haben gezeigt, wie wichtig eine starke einheimische produzierende Landwirtschaft ist.

Stau auf den Strassen, Klima-Kleber, Feindbild Autofahrer

Jeden Tag stehen wir im Stau – wichtigste Ursache dafür ist die masslose Zuwanderung. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden. Doch auch die schikanöse links-grüne Verkehrspolitik und ihre Klima-Kleber richten massiven Schaden an.



Nationalrat und Ständeratskandidat **Benjamin Giezendanner**, Transport-Unternehmer, Rothrist (AG)

Die masslose Zuwanderung bringt unsere Infrastruktur an den Rand des Kollapses. Das erleben wir täglich mit den Staus auf unseren Strassen. Seit 1995 sind über 1,5 Millionen Personen zugewandert. Die jährlichen Stautunden auf den Nationalstrassen haben sich seit 2000 vervierfacht!

Zum persönlichen Ärger kommen die massiven Kosten. Als kantonaler Gewerbeverbandspräsident und Transportunternehmer sind mir die Horror-Zahlen bekannt: Jeden Tag häufen sich auf den Schweizer Strassen 200'000 Stunden Verspätung an. Die verlorene Zeit kostet rund 3 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind übrigens die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE.

Die Mobilität ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Wir zerstören unseren Wohlstand, wenn wir nicht zu einer vernünftigen und massvollen Zuwanderung zurückkehren.

Abzockerei der Autofahrer

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind auf ein Auto angewiesen: Familien, Pendler, Handwerker, Menschen in ländlichen Gebieten. Die SVP wehrt sich gegen die Abzockerei der Autofahrer: Nur schon die Mineralölsteuer (inkl. Zuschläge) machen 1570 Franken im Jahr aus¹. Dazu kommen: Motorfahrzeugsteuer (im Schnitt 360 Franken), Autobahn-Vignette (40 Franken), Automobilsteuer, öffentliche Parkgebühren usw. Jeder Haushalt mit Auto zahlt mehr als 2000 Franken im Jahr an Abgaben.

Offenbar nicht genug für die links-grünen Parteien. Die grüne Fraktionschefin forderte einen Benzinpreis von 5 Franken pro Liter. Das wären rund 250 Franken pro Tankfüllung! Unbezahlbar für die meisten Schweizerinnen und Schweizer.

Klimakleber schikanieren Autofahrer

Klima-Kleber blockieren Strassen. Sie schikanieren die arbeitende Bevölkerung. Vor allem in den links-grün regierten Städten wird eine autofeindliche Politik betrieben: Aufhebung von Zufahrtsstrassen, Abbau von Parkplätzen, 30er-Zonen auf Durchgangsstrassen, Bussen-Terror, horrenden Parkgebühren. Manchmal möchte man ein Experiment machen: Was würde wohl passieren, wenn die Handwerker und Lieferanten von Gütern und Lebensmitteln die links-grünen Städte eine Woche bestreiken würden ...

Wer diese autofeindliche Politik korrigieren will, wählt im Oktober die SVP.

¹ Wohin fließen die Milliarden? - AUTOMOBIL REVUE

Stautunden 2008 – 2022



Wollen Sie eine 10-Millionen-Schweiz?

Immer mehr Einwanderung bedeutet höhere Mieten, mehr Ausländerkriminalität, verstopfte Strassen, sinkendes Bildungsniveau.

Mit einer kontrollierten Einwanderung schützen wir uns, unsere Kinder, unsere Natur und erhalten unsere lebenswerte Heimat.



Sie haben die Wahl!

**Am 22. Oktober SVP wählen.
Danke.**

Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb

01. Wie viele Menschen sind 2022 netto in die Schweiz eingewandert?

180'000 = S
 90'000 = X
 150'000 = Y

02. Wie hoch belaufen sich die Kosten für das Asylwesen beim Bund im 2023?

1 Mrd = OR 2,5 Mrd = LZ
 4 Mrd = VP

03. Was ist das Ziel der neuen SVP Volksinitiative?

Kriminelle Ausländer ausschaffen = P
 Keine 10-Millionen-Schweiz = W

04. Was ist das Ziel des Gendersterns?

Politische Bevormundung = ÄH
 Bessere Orientierung am Sternenhimmel = ÖR

05. Was ist das Wahlkampf-Motto der SVP?

Für eine sichere Zukunft in Freiheit = L
 Für eine sichere Freiheit in Zukunft = R

06. Wie viele Bundesräte hat die SVP?

Leider noch keine = BN
 Bereits zwei = EN

Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich wäre gerne per WhatsApp über die wichtigsten Aktivitäten der SVP Schweiz informiert.
Natel Nummer: _____
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Wahlkampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Ich unterstütze die **SVP-Wahlkampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende _____ Franken auf **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name / Vorname _____

Strasse _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

01. 02. 03. 04. 05. 06.

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 22. Oktober 2023

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2023 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

www.svp.ch

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Christian Imark – Zurück zum Erfolgsland Schweiz!



Erfolgreich sein bedeutet in erster Linie, sich nicht von Ablenkungsmanövern beeinflussen zu lassen. Gerade im Bundeshaus versuchen Medien, Lobbyisten, Aktivisten und weitere Beeinflusser ihre Nebenschauplätze ins Zentrum zu rücken, um den Fokus auf ihre Interessen zu lenken. Oft zum Nachteil der Schweiz und der Bevölkerung. Es braucht darum wieder mehr Bodenständigkeit und Macherqualitäten in Bern sowie den Willen, sich zum Vorteil für unser Land und für das Volk einzusetzen.



Kinder lassen sich gerne ablenken. Und auch Eltern sind tagtäglich der Versuchung ausgesetzt, durch Spielsachen, Süßigkeiten, Werbung, Empfehlungen, andere Kinder etc. abgelenkt zu sein. Dabei gilt es stets, die wichtigen und dringlichen Bedürfnisse vom Unwesentlichen und Überflüssigen zu unterscheiden. Wenn Oberflächlichkeit und Sauglattismus zu sehr überhand gewinnen, bleiben Ordnung, Sauberkeit, Gesundheit, Bildung, Wohlergehen und vieles mehr auf der Strecke.

Den Fokus behalten

Auch der Alltag als Unternehmer ist voll von Versuchung und Ablenkung. Behörden warten mit bürokratischen Marathonläufen auf und legen oft Steine in den Weg. Knallharte Preisverhandlungen gehören zum Alltagsgeschäft dazu sowie alle möglichen Tricks und Mittel, Produkte am Markt durchzusetzen. Wer sich zu sehr beeindruckt lässt vom Druck internationaler Verhandlungsführung, ist am falschen Ort. Am Ende des Tages, des Monats und des Jahres muss jede Unternehmung finanziell gesund dastehen, damit sie weiterexistieren kann und die Angestellten ihre Familien ernähren können. Und weit vor erfolgreichen Geschäftsabschlüssen wurden hohe Investitionen geleistet und noch mehr Geduld benötigt. Nur wer den Fokus beibehält, kann auf Dauer erfolgreich sein.

Menschen mit Macherqualitäten

In Bern versuchen viele Player, durch ihre Einflussnahmen politische Entscheidungen zu erzwingen. Schnell werden dabei wichtige Verfassungs-

grundsätze und Werte über Bord geworfen, die unser Land in der Vergangenheit sicher und erfolgreich gemacht haben. Werte wie Unabhängigkeit, direkte Demokratie und Neutralität geraten immer wieder in den Hintergrund. Aber auch bestandene Konzepte, wie etwa eine sichere und bezahlbare Energieversorgung oder eine nachhaltige und qualitative Entwicklung der Bevölkerung werden internationalistischer Beeinflussung oder pseudo-wissenschaftlichem Aktivismus geopfert. Darum ist es wichtig, dass Personen in National- und Stän-

derat gewählt werden, die im Alltag zeigen, dass sie auch bei massivem Gegenwind standfest bleiben und das Wohl der Bevölkerung im Fokus behalten. Es braucht Menschen mit echten Macherqualitäten.

Nationalrat **Christian Imark**, Familienvater und Unternehmer

Herzlichen Dank für Ihre Stimme und Ihre Unterstützung!



Christian Imark

- ▶ Geboren am 29. Januar 1982, verheiratet, 2 Kinder
- ▶ Nationalrat seit 2015
- ▶ Kantonsrat 2001–2015
- ▶ Kantonsratspräsident 2012
- ▶ Präsident Die Schweizer Recycler (VSMR)
- ▶ Präsident SVP Kanton Solothurn
- ▶ Vizepräsident UREK-N
- ▶ Mitglied GPK
- ▶ Mitglied Komitee N18
- ▶ Kampagnenleiter gegen das abgelehnte CO₂-Gesetz
- ▶ Hobbys: Wandern, Kochen, Zeit mit Familie und Kindern



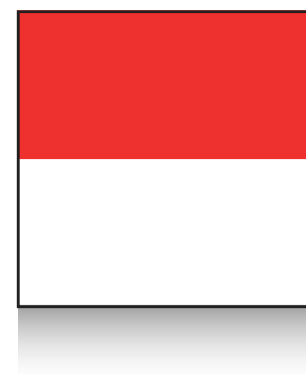
www.christian-emark.ch

Engagiert für alle Generationen

«Als Papi, Búezer und Volksvertreter arbeite ich hart und behalte die Herausforderungen des Alltags immer im Fokus.»



Für den Kanton Solothurn in den Nationalrat



Christian Imark

- ✚ Beruf: Unternehmer
- ✚ Funktion: Nationalrat seit 2015, Kantonsrat 2001–2015, Kantonsratspräsident 2012, Präsident Die Schweizer Recycler (VSMR), Präsident SVP Kanton Solothurn, Vizepräsident UREK-N, Mitglied GPK, Mitglied Komitee N18, Kampagnenleiter gegen das abgelehnte CO₂-Gesetz
- ✚ Wohnort: Fehren
- ✚ Jahrgang: 1982
- ✚ Zivilstand: verheiratet, zwei Kinder
- ✚ Hobbys: Wandern, Kochen, Zeit mit Familie und Kindern

«Es braucht mehr Macher und weniger Berufspolitiker in der nationalen Politik.»



Richard Aschberger

- ✚ Beruf: Unternehmer
- ✚ Funktion: seit 2017 Kantonsrat, Mitglied Finanzkommission und Spezialkommission Digitalisierung, seit 2013 Gemeinderat Stadt Grenchen, Präsident Integrationskommission Stadt Grenchen, Präsident Sozialkommission oberer Leberberg, seit 2013 Bürgerrat und Mitglied Bürgerratskommission, seit 2013 Einbürgerungskommission, Stiftungsrat Rodania Stiftung für Schwerbehinderte
- ✚ Wohnort: Grenchen
- ✚ Jahrgang: 1984
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Motorrad, Fahrzeuge generell, Technik, Rennrad, Bücher

«Probleme nachhaltig lösen, statt nur bewirtschaften! Freie Fahrt für freie Bürger!»



Matthias Borner

- ✚ Beruf: Geschäftsführer einer Fondsleitung
- ✚ Funktion: Kantonsrat, Präsident kantonale Finanzkommission, Gemeinderat, Parlamentspräsident 16/17, Präsident SVP Olten-Gösgen, Delegierter SVP Schweiz, Vorstand IG Sport Olten
- ✚ Wohnort: Olten
- ✚ Jahrgang: 1982
- ✚ Zivilstand: verheiratet
- ✚ Hobbys: Singen, Sport, Reisen, Zunft

«Ich setze mich für einen sorgfältigen Umgang mit Ihrem Geld und für die direkte Demokratie ein.»



Sibylle Jeker-Fluri

- ✚ Beruf: Unternehmerin und Immobilienberaterin
- ✚ Funktion: Kantonsrätin, Präsidentin SVP Schwarzbubenland, Vorstandsmitglied HEV Kt. Solothurn, Amteischätzerin Solothurner Gebäudeversicherung, Präsidentin Forum Schwarzbubenland, Vorstandsmitglied AVES Kanton Solothurn
- ✚ Wohnort: Büsserach
- ✚ Jahrgang: 1983
- ✚ Zivilstand: verheiratet, zwei Kinder
- ✚ Hobbys: Freizeit mit Familie und Freunden

«Als politisch engagierte Frau vertrete ich eine moderate Ausrichtung. Ich vertrete die Anliegen der Bevölkerung bürgernah und befürworte wirtschaftlich tragbare Lösungen.»



Beat Künzli

- ✚ Beruf: Meisterlandwirt und Aussendienstmitarbeiter
- ✚ Funktion: Gemeinderat, Kantonsrat und Fraktionschef, Präsident SVP Laupersdorf, Vizepräsident SVP Thal-Gäu, Vizepräsident der SVP Kanton Solothurn, Mitglied kantonale Bildungskommission
- ✚ Wohnort: Laupersdorf
- ✚ Jahrgang: 1972
- ✚ Zivilstand: verheiratet, sechs Kinder
- ✚ Hobbys: Viehzucht, Familienwanderungen in den Bergen, Aare-Böötle

«Ich wehre mich gegen den ideologischen Gender-Blödsinn und die Vertherapeutisierung unserer Volksschulen. Unser Land braucht wieder mehr gesunden Menschenverstand.»



Rémy Wyssmann

- ✚ Beruf: Anwalt, Notar und Dozent an der FHNW
- ✚ Funktion: Mitinitiant diverser Steuer-senkungsinitiativen («Jetzt si mir draa!»), Kantonsrat, Mitglied kantonale Justizkommission, Gemeinderat, Feuerwehrkommission HOEK, Delegierter Zweckverband Bevölkerungs- und Zivilschutz Aare Süd, Vorstand Versicherte Schweiz
- ✚ Wohnort: Kriegstetten
- ✚ Jahrgang: 1967
- ✚ Zivilstand: verheiratet, zwei Kinder
- ✚ Hobbys: Familie, Politik und Bergsport mit Herzblut, Skitouren, Lions Falkenstein-Balsthal

«Wählen Sie Personen mit Biss, die Sie im Nationalrat auch wirklich vertreten.»

Für eine sichere Zukunft in Freiheit



Liste 5



Konsequenzen verfehlter Zuwanderungspolitik

Innerhalb von zehn Jahren nahm die Bevölkerung der Schweiz um rund eine Million Menschen zu. Dass dies unsere Infrastruktur überfordert, spüren sowohl die Fahrzeugführer wie auch die ÖV-Reisenden.



Nationalratskandidat **Richard Aschberger**
Kantonsrat SO, Grenchen

Gab es früher nur zu gewissen Spitzenzeiten Gedränge und Stau, steckt man heute zu jeder Tages- und Nachtzeit irgendwo fest. Dieser Zeitverlust verursacht volkswirtschaftlich Kosten in Milliardenhöhe und hilft auch der Umwelt nicht. Nur wenn die Fahrzeuge rollen, sind sie auch effizient im Betrieb. Doch der Verkehr ist nur eine kleine Schraube innerhalb der grossen «Maschine» Schweiz. Mit der andauernden masslosen Zuwanderung werden auch unsere Schulsysteme überlastet und die Gemeinden müssen für Millionen Franken Steuergeld mehr Schulraum schaffen. Und natürlich auch alles drumherum erweitern mit «Deutsch als Zweitsprache», Zusatzprogrammen für Integration, zusätzliche Turnhallen, zusätzliche Tagesstrukturen, zusätzliche Kinderhorte usw. Und auch die zusätzlichen Lehrpersonen arbeiten selten für Gottes Lohn ...

Und mit jedem zusätzlichen Gebäude schreitet der Landverschleiss voran und da immer mehr Menschen auf dem gleichen begrenzten Raum leben, erhöhen sich automatisch die Landpreise und damit auch die Wohnkosten. Diese Folge der Zuwanderung führt dazu, dass sich heute und auch

in Zukunft eine normalverdienende Familie nie mehr ein Haus mit etwas Garten in einem städtischen Bereich wird leisten können.

In meinen Voten zu den Jahresrechnungen der Stadt Grenchen erwähne ich seit über 10 Jahren stets einen Indikator: Steigt der Steuerertrag pro Kopf an, oder sinkt er? Seit ich in der Politik bin, zeigt dieser Wert fast jedes Jahr nach unten. Es kommen also nicht mehrheitlich die gewünschten und dringend benötigten Fachkräfte zu uns, sondern Menschen, welche zuerst einmal Kosten verursachen und integriert werden müssen. Ich schreibe bewusst «integriert werden müssen», denn zurück geht erwiesenermassen kaum jemand. Bei uns darf jeder bleiben, Ausschaffungen sind ein äusserst seltenes Gut. Andere Länder sind hier knallhart sowohl bei der Migration wie auch bei Personen, welche sich nicht so verhalten, wie man es erwartet. In den letzten 12 Monaten durfte ich beruflich, wie auch politisch und privat diverse Länder in Asien bereisen und mit dortigen Politikern Gespräche führen. Erst wenn man den Fokus ändert, merkt man, wie wir in der Schweiz mit unseren (Sozial)Systemen stellenweise ausgenutzt werden. In anderen Ländern erhält man ohne Nachweis von einem Arbeitsvertrag keine Einreisegenehmigung und sollte der Vertrag enden oder aufgelöst werden, hat man innert 30 Tagen das Land zu verlassen. Familiennachzug gibt es nur, wenn man genügend Einkommen nachweisen kann. Oder es gibt Punktesysteme, damit nur Personen zuwandern, welche auch wirklich benötigt werden. Wirtschaftsflüchtlinge gibt es primär bei uns in Europa und sonst nirgends.

«Steigt der Steuerertrag pro Kopf an, oder sinkt er?»



Christian Imark
In den Ständerat

Drum zahle, wer sich ewig bindet ...

Gibt sich ein Paar in der Schweiz das Ja-Wort, stehen die Chancen gut, dass es vom Staat finanziell benachteiligt wird. Rund 700'000 Ehepaare sind in der Schweiz von der ungerechten Heiratsstrafe betroffen.

Die Schweiz verfügt über viele Eigen- und Besonderheiten, mit denen wir uns von anderen Staaten unterscheiden, und für die wir unser Land schätzen und lieben. Was allerdings die Liebe im engeren Sinn betrifft, gibt es

«**Unser Steuersystem begünstigt Ehen, in denen nur ein Partner einem Beruf nachgeht und somit alleine für das Haushaltseinkommen sorgt.**»

leider ein schweizerisches Phänomen, auf das man liebend gerne verzichten würde: Sowohl bei der Steuerbelastung wie auch bei der Rente werden verheiratete Mittelstands-Paare im Gegensatz zu unverheirateten Paaren benachteiligt. Diesen Missstand kennen wir auch unter dem Begriff «Heiratsstrafe». Die letzte Schätzung des Bundes aus dem Jahr 2013 ergab, dass rund 450'000 Zweitverdiener-Ehepaare sowie 250'000 Rentner-Ehepaare von einer Mehrbelastung betroffen sind.

Übrigens: Die Heiratsstrafe trifft nicht nur für die Ehe zu, sondern ebenso für eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaften.

Steuerprogression und tiefere Renten

Mehr als bedauerlich, dass finanzielle Überlegungen Einfluss auf die Entscheidung zur Eheschliessung haben können. Ich persönlich habe mir seinerzeit keine Gedanken dazu gemacht. Für uns war klar: Wenn wir eine Familie gründen, werden wir heiraten.

Dieses Selbstverständnis gilt für viele Paare meiner Generation und für ältere Generationen sowieso.

Würden wir es allerdings rein von der finanziellen Seite her betrachten, wäre der Fall klar: Wir beide arbeiten Vollzeit. Das hat zur Folge, dass wir einerseits von der hohen Steuerprogression benachteiligt werden, andererseits fallen unsere Renten tiefer aus, als wenn wir unverheiratet wären – oder uns scheiden liessen.

Mittelstand stärken

Dieser Tage, in denen fast ausschliesslich beide Partner Voll- oder Teilzeit arbeiten, hat die Ehe einen Imageschaden erlitten. Ich höre vermehrt von jungen Paaren, die aus rein finanziellen Überlegungen heraus nicht heiraten. Unser Steuersystem begünstigt Ehen, in denen nur ein Partner einem Beruf nachgeht und somit alleine für das Haushaltseinkommen sorgt. In der Realität gibt es aber nur wenige mittelständische Haushalte, die es sich leisten können, dass lediglich ein Partner erwerbstätig ist. Ohne grossen Verzicht ist es erforderlich, dass heute beide arbeiten – und werden als Dank dafür steuerlich bestraft.

Wir müssen Sorge dazu tragen, dass sich die Schere zwischen Reich und Arm nicht weiter öffnet. Der Mittelstand muss als solide Basis gestärkt

werden. Die Heiratsstrafe abzuschaffen, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Lösungen müssen her

Die Regierung des Kantons Solothurn setzt sich zurzeit gegen eine vom Bundesrat empfohlene Individualbesteuerung zur Wehr. An und für sich ist das eine mögliche Lösung, Verheiratete gerechter zu behandeln. Allerdings ist man in Solothurn skeptisch, fürchtet einen massiven administrativen Mehraufwand und natürlich auch die Steuerausfälle.

Viele Kantone teilen die Ansicht, dass es einfachere Möglichkeiten gibt, um die Heiratsstrafe abzuschaffen. Diese gibt es mit Sicherheit, allerdings müssen Lösungen erarbeitet werden, die tragbar und für alle fair sind. Ziehen Bund und Kantone an einem Strick, kann es auch gelingen, die Heiratsstrafe in die Geschichtsbücher zu verbannen und unseren Mittelstand zu entlasten.



Nationalratskandidatin **Sibylle Jeker**
Kantonsrätin SO, Büsserach

Politik gegen die Inflation

Wie die SVP mit ihrer Politik sich dafür einsetzt, dass am Ende des Monats mehr Geld in Ihren Portemonnaies bleibt.



Nationalratskandidat **Matthias Borner**,
Kantonsrat SO, Olten

Alles wird teurer

Ursprünglich ausgelöst durch die langfristige Geldschwemme der Nationalbanken und dem Krieg in der Ukraine, schlägt die Inflation für uns alle durch. Die Reallöhne sanken in den letzten zwölf Monaten. Das heisst, dass sich die Bürger mit ihren Löhnen weniger kaufen können.

Es gibt verschiedene Definitionen der Inflation. Für uns als Volksvertreter ist Inflation, was am Ende für die Bevölkerung übrigbleibt, nachdem sie ihre üblichen Ausgaben getätigt haben. Bei der Inflation gibt es Faktoren, die wir kaum beeinflussen können. Aber es gibt auch welche, die klar durch die Politik bestimmt werden. Dazu gibt es vier konkrete Bereiche, wo wir mit politischen Instrumenten die Inflation wirksam beeinflussen können:

1. Staatsquoten-Wachstum

Da der Staat schneller wächst als die Wirtschaft, müssen immer höhere Steuern bezahlt werden, um dieses Wachstum zu finanzieren. **Darum setzt sich die SVP gegen das massive Wachstum des Staates ein.**

2. Nettozuwanderung

Im Jahr 2022 kamen zusätzlich über 180'000 Personen in die Schweiz. Dies bedeutet eine enorme Zusatzbelastung für unsere Infrastruktur. Volle Züge, verstopfte Strassen, überlastetes Ge-

sundheitswesen. Aufgrund der strengen Raumplanungsgesetze ist es schwierig, neuen Wohnraum zu erschliessen. Da muss man sich nicht wundern, wenn die Immobilienpreise steigen und somit die Mieten. **Darum setzt sich die SVP für eine nachhaltige Zuwanderungspolitik ein.**

3. Energiepreise

Wenn diese hoch sind, dann schlägt das überall durch. Heizen wird teurer, die Produktion und der Transport werden teurer. Energiepreise wirken sich auf das ganze Wirtschaftssystem aus und zeigen sich in höheren Güterpreisen. **Darum setzt sich die SVP für einen nachhaltigen Strommix und eine sichere Stromversorgung zu tiefen Preisen ein.**

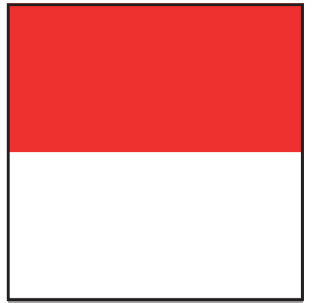
4. Staatliche Schuldenpolitik

Das Geld ist beim Bürger am besten aufgehoben. Der Staat soll finanzpolitisch generationsübergreifend denken. Schulden von heute sind die Steuern von morgen. **Darum setzt sich die SVP für nachhaltige Finanzen und eine behutsame Schuldenpolitik ein.** Dies sind wirksame Instrumente, wie die SVP die Inflation für die Bürger bekämpft, damit Ende Monat mehr Geld im Portemonnaie bleibt. Deshalb am 22. Oktober SVP wählen.



Präsident der Finanzkommission. (zVg)

Für den Kanton Solothurn in den Nationalrat



Christian Riesen

- ✚ Beruf: Ingenieur/Unternehmer
- ✚ Funktion: Gemeinderat Wangen b. Olten, Ressorts Verkehr, Umwelt und öffentliche Sicherheit, Feuerwehrrat RFU, Amteischützer, Präsident Ortsplanungsrevision
- ✚ Wohnort: Wangen b. Olten
- ✚ Jahrgang: 1970
- ✚ Zivilstand: verheiratet
- ✚ Hobbys: Kino, Wandern, Aviatik

«Mir sind Freiheit und Selbstverantwortung sehr wichtig. Darum muss alles zum Leben Notwendige bezahlbar bleiben, wie beispielsweise Energie, Lebensmittel, Gesundheit usw. Leistung muss sich lohnen.»



Andrea Meppiel

- ✚ Beruf: Geschäftsführerin
Firma nutricompass
- ✚ Funktion: Kantonsrätin, Vize-Gemeindepräsidentin Hofstetten-Flüh, Ressort Bildung, Präsidentin SVP Kreispartei Leimental (2016–2023)
- ✚ Wohnort: Hofstetten
- ✚ Jahrgang: 1981
- ✚ Zivilstand: verheiratet, zwei Kinder
- ✚ Hobbys: Familie, Sport (Volleyball, Joggen, Skifahren)

«Hochwertige Bildung ist zentral. Es braucht aber Strategien zur Kostenkontrolle und Ansätze zur Überarbeitung verfehlter Bildungsmodelle (wie integrative Beschulung).»



Vanessa Meury

- ✚ Beruf: Unternehmerin/Immobilienbewirtschaftlerin
- ✚ Funktion: Präsidentin JSVP Kanton SO, Präsidentin Energie Club Schweiz, Vorstand SVIT Solothurn
- ✚ Wohnort: Grenchen
- ✚ Jahrgang: 1997
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Reisen, Tennis spielen

«Eine jederzeit sichere Stromversorgung für Wirtschaft und Gesellschaft ist die Grundlage für unseren Wohlstand. Dafür setze ich mich ein.»



Thomas von Arx

- ✚ Beruf: Selbstständiger Unternehmer
- ✚ Funktion: Kantonsrat, Präsident SVP Thal-Gäu, Gemeinderat Oensingen, Werk-/Bau- & Planungs-/Energienstadtkommission, RPK Bürgergemeinde Oensingen, Vorstand ARA Falkenstein
- ✚ Wohnort: Oensingen
- ✚ Jahrgang: 1984
- ✚ Zivilstand: verheiratet
- ✚ Hobbys: Schiesssport, Natur

«Unabhängig und selbstbestimmend: Für eine starke Wirtschaft, denn Eigentum, Freiraum und gute Rahmenbedingungen stärken die Innovationskraft und den Wirtschaftsstandort Schweiz.»



Carlo Rüsics

- ✚ Beruf: Unternehmer
- ✚ Wohnort: Solothurn
- ✚ Jahrgang: 1968
- ✚ Zivilstand: verheiratet, zwei Kinder
- ✚ Hobbys: Familie, Kultur, Natur

«Konsequent – Kompetent – Kritisch»



Stani Schwab

- ✚ Beruf: Hufschmied
- ✚ Funktion: Kreisparteipräsident SVP Trimbach/Wisen/Hauenstein-Ifenthal
- ✚ Wohnort: Wisen
- ✚ Jahrgang: 1981
- ✚ Zivilstand: ledig, zwei Kinder
- ✚ Hobbys: Landwirtschaft, Pferde, Natur, Hockey

«Landwirtschaft, Neutralität und Unabhängigkeit! Das brauchen wir Einwohner, Bürger und Steuerzahler. Das Mobbing an den Schulen wird immer schlimmer. Darum ist das ein weiterer Punkt, den ich angehen will.»

Gemeinsam für den Werkplatz Schweiz

SVP Gewerbe

Liste 6



Neutralität, Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit

Die SVP setzt sich für die Wahrung einer unabhängigen und neutralen Schweiz ein.



Nationalratskandidat **Beat Künzli**
Kantonsrat und Fraktionschef SO, Laupersdorf

Der Ausverkauf der Schweizer Souveränität und Selbstbestimmung durch die politischen Eliten muss gestoppt werden. Deshalb darf unser Land nicht weiter schleichend in internationale Gebilde, beispielsweise die EU, eingebunden werden. Die SVP bekennt sich auf der Basis der

« Nur dank der immerwährenden und bewaffneten Neutralität in unserem Land wurden wir seit mehreren hundert Jahren vor Kriegen verschont. »

Neutralität zu einer glaubwürdigen Politik der guten Dienste, der Vermittlung und der humanitären Hilfe. Nur dank der immerwährenden und bewaffneten Neutralität in unserem Land wurden wir seit mehreren hundert Jahren vor Kriegen verschont. Es ist deshalb nur schwer nachvollziehbar, wie schnell gewisse Politiker und Parteien dieses wichtige Gut hergeben wollen, um sich aktiv am Kriegsgeschehen in anderen Ländern zu beteiligen. Ein Angriff auf die bisher solide, glaubwürdige und konsequente Neutralitätspolitik würde der Schweiz grossen Schaden zufügen. Als neutraler Staat konnte die Schweiz in der Vergangenheit immer wieder ihre guten Dienste anbieten und in Konfliktsituationen zwischen den Parteien vermitteln. Deshalb dürfen wir uns niemals leichtsinnig in einen Krieg hineinreissen lassen. Um unsere Unabhängigkeit zu wahren, ist es weiter von zentraler Bedeu-

tung, die Versorgungssicherheit nicht nur beim Strom, sondern auch bei den Nahrungsmitteln zu gewährleisten. Wir brauchen eine produzierende Landwirtschaft, welche die Bevölkerung mit genügend gesunden, marktnah produzierten Nahrungsmitteln versorgt. Die Bauernfamilien müssen ihr Einkommen dadurch sichern können. Dazu sind die überbordende Ökologisierung und Bürokratie im Sinne einer unternehmerischen Landwirtschaft zu senken.

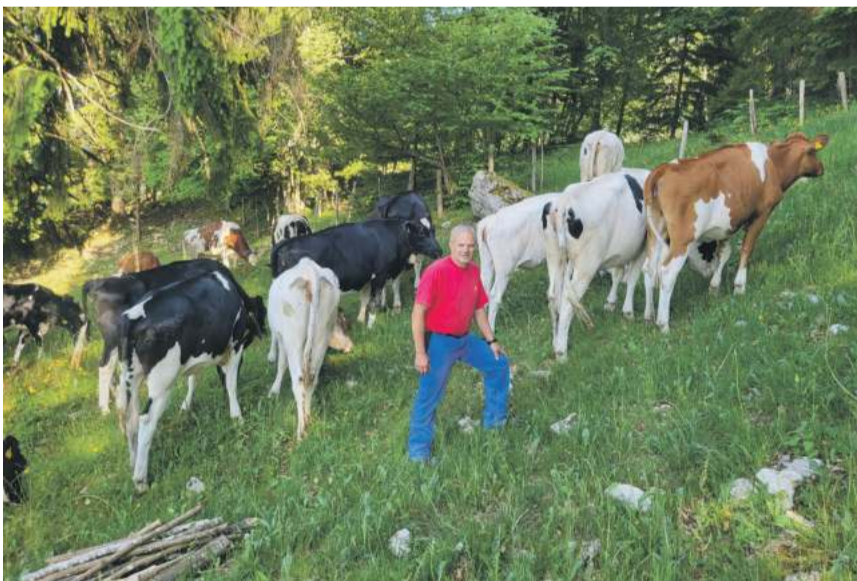
Via Personenfreizügigkeit und Asyl immer mehr Menschen in unser Land strömen zu lassen und gleichzeitig immer weniger Nahrungsmittel zu produzieren, geht nicht auf. Deshalb ist der Selbstversorgungsgrad anzuhäben. Denn Stand heute hätte im Ernstfall nur jeder Zweite in der Schweiz genügend zu essen auf dem Teller. Lassen wir die Bauern wieder den Verfassungsauftrag erfüllen, welcher folgendermassen lautet:

Bundesverfassungsartikel zur Landwirtschaft Art. 104 BV 1

Bundesverfassungsartikel zur Landwirtschaft Art. 104 BV 1 Der Bund sorgt dafür, dass die Landwirtschaft durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet zur:

- a.) sicheren Versorgung der Bevölkerung;
- b.) Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Pflege der Kulturlandschaft;
- c.) dezentralen Besiedlung des Landes.

Bleiben wir also auch bei grossen Herausforderungen mit beiden Füüssen auf dem Boden stehen und halten den gesunden Menschenverstand wach. Unsere Werte, welche bis anhin galten, müssen weiterhin auch in schwierigeren Zeiten zählen.



Meisterlandwirt **Beat Künzli**: «Wir brauchen eine Umkehr zu einer Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, in der wieder die Produktion von Nahrungsmitteln und die Konsumenten im Zentrum stehen.» (zVg)

« Ich empfehle Beat Künzli zur Wahl, da er ehrlich und geradlinig politisiert, Freude an der Natur hat und ich ihn als Menschen schätze. »

Thomas Schwaller, Laupersdorf

SVP wählen: nötiger denn je!

20 Jahre lang durfte ich Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, als Nationalrat des Kantons Solothurn in Bundesbern vertreten. Sie haben mir bei den Wahlen immer wieder Ihr Vertrauen ausgesprochen. Dafür möchte ich mich bei Ihnen herzlich bedanken. Gleichzeitig bitte ich Sie, bei den kommenden National- und Ständeratswahlen die SVP zu unterstützen.



Nationalrat **Walter Wobmann**
Gretzenbach (SO)

Wenn ich den Versuch einer Bilanz wage, blicke ich auf eine interessante und lehrreiche Parlamentszeit zurück. Ich habe mich dabei entschieden für mehr persönliche Freiheit und gegen immer neue Verbote, Vorschriften, Gebühren und Steuern eingesetzt. Ein besonderer Schwerpunkt meiner Tätigkeit bildete die Verkehrspolitik. Ich habe mich – teils mit Erfolg – starkgemacht für eine zweckgebundene Verwendung der Einnahmen aus dem privaten Motorfahrzeugverkehr. Als Präsident der Föderation der Schweizer Motorradfahrer (FMS) habe ich mich zudem hartnäckig für die Interessen des Motorsports engagiert.

Ein grosses Highlight war der erfolgreiche Kampf gegen die Preiserhöhung der Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken. Ich habe gegen diese Vorlage das Referendum ergriffen – und das Volk hat mit mir zusammen in der Volksabstimmung von 2013 klar Nein gesagt.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Verteidigung unserer abendländischen Werte gegen die Angriffe des radikalen Islams. Als Präsident des Egerkinger Komitees habe ich zwei Volksinitiativen mit lanciert, welche in der Abstimmung beide eine Mehrheit im Schweizer Volk erlangt haben: **Die Initiative «gegen den Bau von Minaretten» im Jahr 2009 und die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot» 2021.**

Diese bemerkenswerten Erfolge waren mit sehr viel Arbeit verbunden und umso schöner ist es, auf sie zurückzublicken. Ein Hauptgrund für diese Erfolge war sicher, dass wir vom Egerkinger Komitee Klartext gesprochen haben, aber immer unterschieden haben zwischen der grossen Mehrheit der friedlichen und integrierten Muslime und einer radikalen Minderheit. In meiner politischen Amtszeit bin ich immer zu meiner Meinung gestanden – auch wenn es für mich persönlich manchmal bequemer gewesen wäre,



Walter Wobmann in Bundesbern. (zVg)

mit dem Zeitgeist «mitzusrufen» und mich zurückzunehmen. Wenn man eine klare Position vertritt, schafft man sich bekanntlich nicht nur Freunde. Die Bevölkerung aber, das haben mir die vielen positiven Rückmeldungen immer wieder gezeigt, hat es sehr geschätzt, dass ich stets auch die «heissen Eisen» aufgegriffen habe, um die andere Politiker häufig einen weiten Bogen gemacht haben.

Nach 20 Jahren ist für mich nun der Zeitpunkt gekommen, den Stab weiter zu reichen. Glücklicherweise kandidieren auf den Nationalratslisten der SVP hervorragende Kandidatinnen und Kandidaten, die sich mit Herzblut für unseren schönen Kanton Solothurn einsetzen.

Ich kann Ihnen unsere Nationalratskandidaten – und unseren Ständeratskandidaten **Christian Imark** – herzlich zur Wahl empfehlen.

Am 22. Oktober ist es nötiger denn je, dass die SVP gestärkt wird

Der extreme Zuwanderungsdruck und die zunehmende Asylmisere verlangen sofortige Massnahmen, für die die SVP klare Lösungsansätze vorzuweisen hat. Aber auch gegen den zunehmenden Staatsausbau (und damit einhergehende Belastungen des Mittelstandes) und für die Verteidigung von Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität ist eine gestärkte SVP der beste Garant für Wohlstand und eine sichere Zukunft in Freiheit.

Taten statt Worte!

Seit 26 Jahren praktiziere ich in unserem Kanton, aber auch in der ganzen Deutschschweiz als Anwalt. Dabei habe ich unseren Kanton und die Schweiz sehr gut kennen und schätzen gelernt.

In meinem Einsatz für Recht, Gerechtigkeit und Transparenz habe ich aber auch viele Schwächen und Mängel in unserem Staatswesen festgestellt.

Meine Schwerpunkte möchte ich nun in die nationale Politik einbringen. **In meiner politischen Tätigkeit verstehe ich mich als Anwalt der einfachen Leute, die einer übermächtigen Bürokratie und Umverteilungslobby zunehmend hilf- und verständnislos gegenüberstehen.** Mit dieser Werthaltung möchte ich unser Land aktiv mitgestalten und den Finger weiterhin konsequent auf die wunden Punkte legen.

Gesagt	Getan
Weniger Steuern für alle.	Drei überparteiliche Steuersenkungsinitiativen («Jetzt si mir draa»).
Der Staat hat dem Bürger zu dienen – und nicht umgekehrt.	Volksauftrag «Stopp Optiso! Retten wir die Sonderschulung am Blumenhaus Buchegg!», Aufträge zur Herstellung der Führung in der Ausgleichskasse des Kantons Solothurn.
Der Staat ist kein Selbstbedienungsladen, wo sich einige wenige zu Lasten vieler selber bedienen.	Offenlegung geheimer IV-Begutachtungsergebnisse, Offenlegung geheimer Impfstoff-Lieferverträge.
Die Verwaltung hat effizient und transparent zu funktionieren – das tut sie heute nicht.	Offenlegung der geheimen Abgangsentschädigung im Steueramt, Offenlegung geheimer Lohnerhöhungspläne für 36 handverlesene Spitzenbeamte.
Die Justiz muss raus aus dem Elfenbeinturm – und wieder zu einer bürgernahen Justiz werden.	Vier Volksaufträge für eine bürgernahe Justiz.
Eine Verkehrspolitik, die Mobilität ermöglicht und nicht erstickt.	Erstunterzeichner des Auftrages «Stopp ASTRA Bridge, Stopp künstliche Stauproduktion».

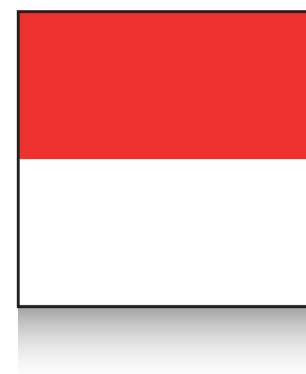
Wobmann

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



Nationalratskandidat **Rémy Wyssmann**,
Kantonsrat SO, Kriegstetten

Für den Kanton Solothurn in den Nationalrat



Diana Stärkle

- ✚ Beruf: Eidg. Dipl. Bankbeamtin, Berufsschullehrerin, VR Allmediaconsulting AG
- ✚ Funktion: KMU Frauen Kanton Solothurn, BPW Business & Professional Women, Präsidentin SVP Egerkingen, Sekretariat SVP Frauen Kanton Solothurn
- ✚ Wohnort: Egerkingen
- ✚ Jahrgang: 1957
- ✚ Zivilstand: drei Kinder
- ✚ Hobbys: Garten, Reisen, Foto, Lesen

«Fördern und fordern wir unsere Jugend, unser Bildungssystem soll weiterhin zu den besten der Welt gehören.»



Sonja Eberhard

- ✚ Beruf: Standortleiterin in der Möbelbranche
- ✚ Funktion: Präsidentin SVP Kestenholz, Aktuarin VUK Kommission Kestenholz
- ✚ Wohnort: Kestenholz
- ✚ Jahrgang: 1965
- ✚ Zivilstand: in Partnerschaft
- ✚ Hobbys: Lesen, Radfahren, Schwimmen, Skifahren

«Es sollte für jeden Schweizer Bürger (m/w) möglich sein, eine zahlbare und lebenswerte Zukunft zu haben und ein würdevolles Seniorenleben geniessen zu dürfen.»



Georges Davatz

- ✚ Beruf: Sekretär, pensioniert
- ✚ Wohnort: Messen
- ✚ Jahrgang: 1955
- ✚ Zivilstand: verheiratet, zwei Kinder
- ✚ Hobbys: Lesen (Schweizer Politik und Weltpolitik, Geschichte der Neuzeit), Skifahren, Schwimmen

«Ich setze mich ein für einen Stopp der Masseneinwanderung, für eine unabhängige Schweiz gegenüber der EU, für eine sichere Stromversorgung und für Recht und Ordnung, statt Willkür und Chaos.»



Hermann Hofstetter

- ✚ Beruf: Landwirt
- ✚ Funktion: Ortsparteipräsident SVP Oensingen, Baukommission
- ✚ Wohnort: Oensingen
- ✚ Jahrgang: 1984
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Reisen, Traktorfahren, Gartenarbeit

«Vernünftige Politik mit gesundem Menschenverstand. Schutz der Landwirtschaft.»



Marc Lüdin

- ✚ Beruf: Lastwagenfahrer, Recyclingbranche
- ✚ Funktion: Ersatzgemeinderat, Ersatzkantonsrat, Ortsparteipräsident
- ✚ Wohnort: Dulliken
- ✚ Jahrgang: 1981
- ✚ Zivilstand: verheiratet, zwei Kinder
- ✚ Hobbys: Gruppenführer, Ausbilder und Offizieranwärter Ortsfeuerwehr, Terristik, Wandern

«Mein Ziel: unsere Schweiz zu schützen und zu stabilisieren, damit wir und vor allem unsere Kinder unbeschwert und gesund leben, sowie finanziell abgesichert und ohne Sorgen aufwachsen können.»



André Müller

- ✚ Beruf: Produktionsleiter
- ✚ Funktion: Ortsparteipräsident SVP, Gemeinderat
- ✚ Wohnort: Neuendorf
- ✚ Jahrgang: 1968
- ✚ Zivilstand: verheiratet, drei Kinder
- ✚ Hobbys: Haus und Garten, Badminton, Wandern, Fahrradfahren, Jassen

«Ich setze mich für eine konsequent ehrliche Politik ein. Dabei hilft mir kritisches Hinterfragen und Aussagen auf deren Plausibilität zu prüfen. Zudem versuche ich Win-Win-Lösungen zu erarbeiten, indem ich nach Alternativen suche.»

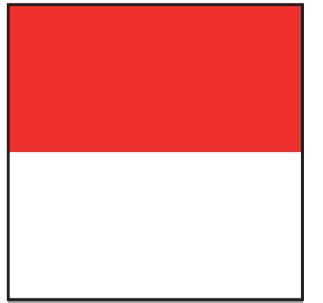


Keine 10-Millionen- Schweiz!

Liste 7



Für den Kanton Solothurn in den Nationalrat



Joris Amiet

- ✚ Beruf: Student
- ✚ Funktion: Gemeinderat Selzach seit 2021
- ✚ Wohnort: Selzach
- ✚ Jahrgang: 2001
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Unihockey, Reisen, Games

«Die ungebremste Zuwanderung führt zu massiver Überlastung in unserer Infrastruktur, deshalb setze ich mich gezielt für eine regulierte und nachhaltige Einwanderungspolitik ein.»



Franco Lanz

- ✚ Beruf: Automobilmechatroniker
- ✚ Funktion: Ersatzgemeinderat Selzach
- ✚ Wohnort: Selzach
- ✚ Jahrgang: 1999
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Musik machen, Freunde treffen

«Das Wohl der Schweiz und ihrem Volk steht an erster Stelle. Ich verlange Fairness gegenüber dem Steuerzahler.»



Sina Marbet

- ✚ Beruf: dipl. Hôtelière-Restauratrice
- ✚ Funktion: Aktuarin JSVP Solothurn, SVP Olten-Gösgen, Prüfungsexpertin HOKO
- ✚ Wohnort: Gunzgen
- ✚ Jahrgang: 1997
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Familie, Freunde, Motorrad, Natur

«Jung, dynamisch, bürgerlich! Für Freiheit, Unabhängigkeit und unsere Heimat.»



Simon Schüpbach

- ✚ Beruf: Koch
- ✚ Wohnort: Gerlafingen
- ✚ Jahrgang: 1996
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Unihockey, Kochen, Fitness

«Das Besondere an unserer Heimat ist ein über Jahrhunderte gewachsener Staatenbund, der verschiedene Kulturen verbindet. Diese Einmaligkeit steht für Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität. Dank der direkten Demokratie entscheidet das Volk als höchste Instanz über diese Werte.»



Sven Waser

- ✚ Beruf: Student
- ✚ Funktion: Mitglied der Kinder- und Jugendkommission in Biberist, Aktuar SVP Biberist
- ✚ Wohnort: Biberist
- ✚ Jahrgang: 2002
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Golf, Programmieren

«Sicherheit ist die Basis unseres Wohlstands. Wahren wir diese und bleiben offen für zukünftige Innovationen.»



Lukas Wilhelm

- ✚ Beruf: Aussenhandelsfachmann
- ✚ Funktion: Präsident SVP Oberbuchsiten, Vizepräsident JSVP SO, Vorstand SVP Amtei Thal-Gäu
- ✚ Wohnort: Oberbuchsiten
- ✚ Jahrgang: 1994
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Unihockey (Spieler und Junioren-Trainer), Fussball, Kochen

«Unserer Heimat Sorge tragen, Bürokratie abbauen und der Gesellschaft Eigenverantwortung zutrauen. Denn nur eine freie Schweiz ist eine schöne Schweiz!»



Andere kleben, wir bewegen!

Liste 8



National- und Ständeratswahlen 22. Oktober 2023

So wählen Sie richtig!



- 1.** Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert.



- 2. Nationalrat:**
Wählen Sie eine der folgenden Listen aus:
- SVP-Liste 5 oder
 - SVP-Liste 6 oder
 - SVP-Liste 7 oder
 - Junge SVP-Liste 8



- 3.** Legen Sie die ausgewählte Liste unverändert ins kleine Couvert.
WICHTIG: Sie dürfen nur **eine** Liste abgeben. Andernfalls ist die Wahl ungültig.



- 4. Ständerat:**
Schreiben Sie auf den Ständeratswahlzettel nur den Namen des SVP-Ständeratskandidaten Christian Imark hin. Sie dürfen den Namen Christian Imark **nur einmal** hinschreiben. Die zweite Zeile leer lassen oder durchstreichen.



- 5.** Legen Sie den Ständeratswahlzettel ebenfalls ins kleine Couvert. Verschiessen Sie das kleine Couvert.



- 6. WICHTIG:** Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.



- 7.** Das kleine Couvert und den Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, sodass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster ersichtlich ist.



- 8.** Das Stimmcouvert:
bis 17. Oktober per A-Post aufgeben oder
bis 20. Oktober auf die Gemeinde bringen oder
am 22. Oktober in die Urne werfen.

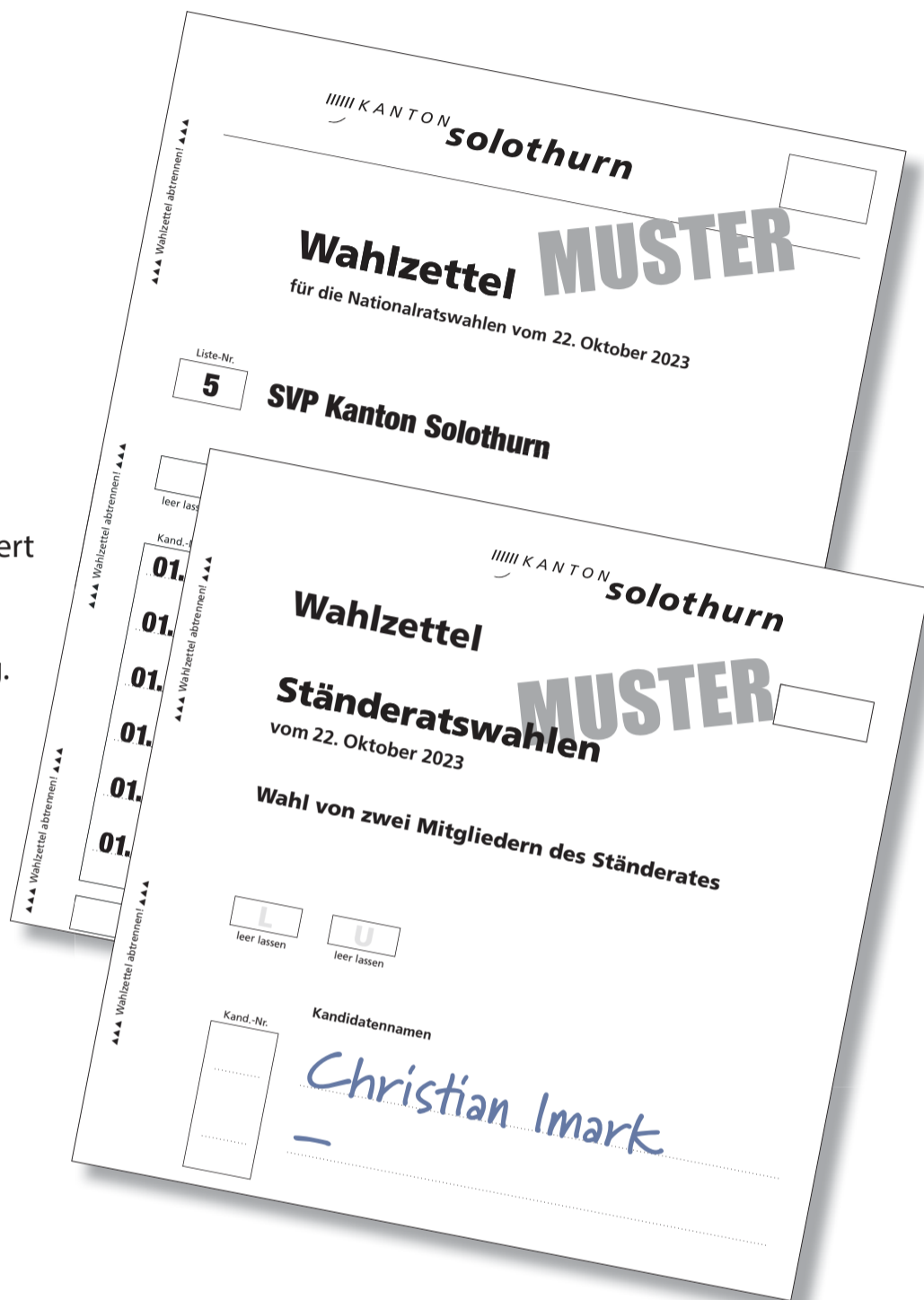
Für den Ständerat:



In den Ständerat
Christian
Imark

www.christian-imark.ch

**Für eine
sichere Zukunft
in Freiheit!**



<https://www.facebook.com/svpso>

svp-so.ch



Rémy Wyssmann
Kantonsrat SO



« Als unabhängiger Anwalt der Bürger scheue ich mich nicht, es auch im Bund mit den dicksten Keilern und den abgehobensten Würdenträgern in Verwaltung und Justiz aufzunehmen. »

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab jetzt können Sie kostenlose kompetente Auskünfte einholen!

Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Schicken Sie uns Ihre Frage per Mail an info@svp-so.ch